

Landkreis Vorpommern-Rügen

Haushalts- und Finanzausschuss



Niederschrift über die 5. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 9. April 2025

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67 in
18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 18:05 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzende

Frau Gabriele Dörner

Kreistagsmitglied

Herr Ulf Braum

Herr Christian Griwahn

Herr Holger Gutzmann

Herr Armin Latendorf

Herr Jarod Schilke

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Lothar Dippe

Frau Birgitt Hauenstein

Herr Lutz Herzberg

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

Stellvertreter/-in

Herr Sebastian Koesling

Herr André Meißner

Herr Thoralf Pieper

Frau Kathrin Ruhnke

Frau Birgit Wismer

Vertretung für Herrn Günther

Vertretung für Herrn Ilchmann

Vertretung für Herrn Klingschat

Vertretung für Herrn Schwarz

Vertretung für Herrn Dittberner

Von der Verwaltung

Frau Ricarda Rumpel

Frau Heike Karnatz

Frau Dörte Heinrich

Frau Christine Braun

Herr Steffen Albrecht

Frau Silvana Knoll

Herr Bastian Köhler

FBL 1

FDL Finanzen

FBL 2

Gleichstellungsbeauftragte

EBL Rettungsdienst

SB Sitzungsdienst

Ptotokollführung

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Frank Ilchmann

Herr Maximilian Schwarz

entschuldigt

entschuldigt

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Ricardo Dittberner

Herr Georg Günther

entschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 19. Februar 2025
5. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2023 BV/4/0102
6. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2023 BV/4/0103
7. Ergänzungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Rettungsdienst BV/4/0104
8. Ausschreibung und Vergabe von Rettungsfahrzeugen BV/4/0101
9. Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen + Die PARTEI, BVR/FW/FR zur Haushaltssatzung für den Haushalt 2025: " Erhöhung der finanziellen Zuweisung an den Betreiber des Stralsunder Frauenschutzhauses" A/4/0040
10. Allgemeine Informationen zum Haushalt
11. Anfragen
12. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

13. Bestätigung der nichtöffentlichen Tagesordnung
14. Kenntnisnahme der nichtöffentlichen Niederschrift vom 19. Februar 2025
15. Anfragen
16. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dörner eröffnet als Ausschussvorsitzende die 5. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Haushalts- und Finanzausschuss mit 13 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Fragen oder Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt der Tagesordnung einstimmig zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 19. Februar 2025

Anmerkungen zur Niederschrift vom 19. Februar 2025 werden nicht vorgetragen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift vom 19. Februar 2025 zur Kenntnis.

5. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2023 - Vorlage: BV/4/0102

Herr Albrecht begründet die eingebrachte Beschlussvorlage. Er erläutert, dass ca. 48.000 Einsätze abrechenbare Einsatzfahrten durchgeführt wurden. Ca. 10.000 Einsätze werden, wenn sie nicht mit einem Transport ins Krankenhaus verbunden seien, z.B. weil eine Erstversorgung durch den Rettungssanitäter ausreichend sei, als nicht abrechenbare Einsätze betrachtet.

Herr Braum führt aus, dass der Jahresabschluss 2023 negativ gewesen sei, durch eine Rückstellung aus den Vorjahren jedoch ausgeglichen werden konnte. Er fragt, warum der Eigenbetrieb Rettungsdienst bei einem Ausgleich aus den Rückstellungen nicht bei „null lande“, sondern bei plus 50.000 EUR. Des Weiteren möchte **Herr Braum** wissen, ob es angedacht sei, mit den Krankenkassen nachzuverhandeln, dass auch erbrachte Leistungen, ohne einen stattgefundenen Transport, bezahlt werden.

Bezugnehmend auf das im Jahresabschluss ausgewiesene Jahresergebnis i. H. v. 50.000 EUR führt **Herr Albrecht** aus, dass dieser Betrag mit den Krankenkassen als Jahresergebnis ausgehandelt werden konnte (entspricht der Eigenkapitalverzinsung). **Herr Albrecht** führt weiter aus, dass in der Entgeltkalkulation für die abrechenbaren Einsatzfahrten grundsätzlich auch die Kosten für die nicht abrechenbaren Einsatzfahrten (sog. Fehleinsätze) mit berücksichtigt werden. Die Liquiditätslücken entstehen, wenn die Einsatzzahlen, wie z.B. nach Corona, gravierend zurückgehen bzw. sich das prognostizierte Verhältnis zwischen den sog. abrechenbaren und den nicht abrechenbaren Fahrten verändert. Es gibt weiterhin signifikant rückgängige abrechenbare Einsatzfahrten, sodass die verhandelten Entgelte pro Einsatz nicht ausreichen, um die vollständige Kostendeckung zu erreichen. Die beschriebene Abrechnungssystematik (Unterscheidung zwischen nicht abrechenbaren Einsatzfahrten und abrechenbaren Einsatzfahrten) sei bundesweit üblich. Die verhandelten Entgelte gelten jeweils so lange fort, bis im Rahmen neuer Entgeltverhandlungen neue Entgelte festgelegt wurden. Eine rückwirkende Korrek-

tur/Erhöhung der zu zahlenden Entgelte findet nicht statt. Allerdings werden realisierte Fehlbeträge bei den folgenden Krankenkassenverhandlungen geltend gemacht, um diese Fehlbeträge durch die Erhöhung der zukünftigen Entgelte auszugleichen.

Die Bilanz sei sehr minimalistisch ausgeführt, merkt **Herr Dippe** an. Er fragt, was hinter den Rückstellungen von 7,2 Mio. EUR stecke.

Das seien die Jahresüberschüsse aus den Vorjahren, sagt **Herr Albrecht**.

Herr Dippe hinterfragt die 26,5 Mio. EUR „sonstige betriebliche Aufwendungen“.

Als Eigenbetrieb Rettungsdienst seien sie nicht die Einzigen im Landkreis Vorpommern-Rügen, die die „Leistungen Rettungsdienst“ erbringen, klärt **Herr Albrecht** auf. Weitere sogenannte Leistungserbringer seien das DRK in Stralsund, das DRK Nordvorpommern sowie der Arbeiter-Samariter-Bund und die Johanniter.

17:10 betritt Herr Herzberg den Sitzungsraum. (14/15)

Neben den sieben Wachen, die der Eigenbetrieb Rettungsdienst selbst mit Personal besetze, seien alle anderen 20 Wachen auf diese Leistungserbringer aufgeteilt, erklärt **Herr Albrecht**. Diese Leistungserbringer berechnen dem Eigenbetrieb Rettungsdienst für die Planung ihr Kostenbudget. Das, und auch „Notärzte“, seien die Kosten, die in den „sonstigen Aufwendungen“ stecken.

Herr Dippe bittet um eine detailliertere Aufschlüsselung in Zukunft.

Herr Schilke fragt, welche Unkosten die 10.000 nicht abrechenbaren Fahrten verursache. Bevor man sich ins Unendliche verschulde schlägt er vor, dass die Sanitäter keine Behandlung vor Ort vornehmen, sondern dem Patienten empfehlen, in die Klinik zu fahren.

In den Kassenverhandlungen wurde das bereits thematisiert, sagt **Herr Albrecht**. Das könne auch nicht die Lösung sein, da dann die Kosten im Krankenhaus in der Notaufnahme steigen, um die Patienten zu versorgen, die nicht versorgt werden müssen.

Herr Schilke findet es besorgniserregend, wenn der Eigenbetrieb Rettungsdienst in diesen zwei Jahren ein so großes Defizit habe.

17:15 Uhr betritt Herr Koesling den Sitzungsraum. (15/15)

Herr Braum sagt, dass diese Praxis eine große Gefahr berge, besonders im ländlichen Raum. Viele ältere Menschen seien nicht mobil. Der Griff zum Telefon liege da näher, als dass man in ein paar Monaten einen Facharzttermin bekomme. Er denke da an eine Selbstbeteiligung für die Patienten.

Das sei in gewisser Sicht eine politische Entscheidung, antwortet **Herr Albrecht**. Die Situationen werden vor Ort auch abgewogen. Die Mitarbeiter/innen seien dahingehend ausgebildet, um einzuschätzen, dass es sich um keine bedrohliche Situation handle oder eine werden könne. Das werde genau abgewogen, sagt **Herr Albrecht**, schon allein aus dem Grund, um den Tatbestand einer unterlassenen Hilfeleistung nicht im Raum stehen zu lassen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt der vorliegenden Beschlussvorlage ein-

stimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts- und Finanzausschusses empfiehlt dem Kreistag Vorpommern-Rügen wie folgt zu beschließen:

1. Der Kreistag stellt den durch die AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss des Eigenbetriebes Rettungsdienst zum 31. Dezember 2023 mit einer Bilanzsumme von 13.434.033,41 EUR und einem Jahresüberschuss von 50.000,00 EUR fest.
2. Der Kreistag beschließt, dass der Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorge-tragen wird

6. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2023 - Vorlage: BV/4/0103

Redebedarf besteht nicht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt der vorliegenden Beschlussvorlage ein-stimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag Vorpommern-Rügen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Haushaltsjahr 2023 die Ent-lastung zu erteilen.

7. Ergänzungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Rettungsdienst Vorlage: BV/4/0104

Herr Albrecht begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Herr Schilke ist verwundert darüber, dass der bisherige Kreditrahmen nicht mehr aus-reichend sei, obwohl wir uns erst im Monat April befinden. Er entnehme dem, dass der Eigenbetrieb Rettungsdienst nach 4 Monaten bereits im „Minus“ sei.

Herr Albrecht stimmt dem zu.

Eine Erhöhung auf 8 Millionen EUR sei eine große Erweiterung, merkt **Herr Schilke** an. Er fragt, wann diese mehreren Millionen EUR wieder abgebaut seien, wenn man von einer steigenden Zahlung an die Krankenkassen ausgehe.

Mehrere Monate, vielleicht auch erst im nächsten Jahr, sagt **Herr Albrecht**.

Herr Albrecht bejaht **Herrn Schilkes** Frage, ob davon auszugehen sei, dass die Steigerung der Entgelte zum Juni komme. Er führt weiter aus, dass das in der Verhandlungsrunde am 25. März 2025 beschlossen wurde.

Die Tendenz gehe immer noch dahin, dass die abrechenbaren Einsätze abnehmen, so **Herr Albrecht**.

Herr Pieper fragt, ob die Einsätze im Vergleich zu anderen Regionen auch zurück gehen.

Herr Albrecht bejaht und sagt, dass dort die gleichen Probleme existieren.

Herr Pieper erfragt, ob Erfahrungen über die Landesgrenze hinaus bekannt seien.

Herr Albrecht berichtet von einem Fall aus dem Bundesland Brandenburg. Dort werden die Kosten für Fehleinsätze nicht von den Krankenkassen übernommen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt der vorliegenden Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag Vorpommern-Rügen folgende Ergänzung zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2025 zu beschließen:

Die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird von 4.010.400,00 EUR auf 8.000.000,00 EUR geändert.

8. Ausschreibung und Vergabe von Rettungsfahrzeugen - Vorlage: BV/4/0101

Herr Albrecht begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Herr Schilke fragt, was mit den ausgesonderten Fahrzeugen passiere.

Es wurden schon Fahrzeuge in die Ukraine gebracht, antwortet **Herr Albrecht**. Grundsätzlich werde aber über die DEKRA ein Restwertgutachten erstellt, sagt **Herr Albrecht**. Anschließend werden die Fahrzeuge über eine entsprechende Börse an Interessenten verkauft. Sind die Fahrzeuge noch einsatzbereit, kommen sie in die Reserve für die Katastrophenschutzeinheiten.

Inwiefern der Erlös der ausgesonderten Fahrzeuge die neuen Fahrzeuge finanziere, fragt **Herr Schilke**.

Wenn man für ein ausgesondertes Fahrzeug 20.000 EUR über den Restwert bekomme, sei das schon viel, führt **Herr Albrecht** aus.

Herr Latendorf fragt, was man sich unter dem Fahrzeug für die ärztliche Leitung Rettungsdienst vorstellen müsse.

Das sei ein PKW, aktuell ein Audi A4, klärt **Herr Albrecht** auf, ausgestattet mit einem EKG-Gerät, einem Beatmungsgerät, einer Funkanlage und der Möglichkeit, Blaulicht auf das Dach zu stellen. Ähnlich, wie ein Notarzteinsetzfahrzeug. Es werde als Dienstfahrzeug für den ärztlichen Leiter und auch als Fahrzeug für den sogenannten leitenden Notarzt eingesetzt, sagt **Herr Albrecht**.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt der vorliegenden Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss Vorpommern-Rügen wie folgt zu beschließen:

1. Der Eigenbetrieb Rettungsdienst wird beauftragt, die Ausschreibung und die anschließende Vergabe zur Beschaffung von 13 Rettungsfahrzeugen im Planjahr 2025 gemäß den aktuellen Vergaberichtlinien durchzuführen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, nach Abschluss des Vergabeverfahrens über den Zuschlag und die Beauftragung der entsprechenden Unternehmen zu entscheiden

9. Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen + Die PARTEI, BVR/FW/FR zur Haushaltssatzung für den Haushalt 2025: " Erhöhung der finanziellen Zuweisung an den Betreiber des Stralsunder Frauenschutzhouses" Vorlage: A/4/0040

Frau Heinrich führt zur aktuellen Situation und der bereitgestellten Finanzierung für das Frauenschutzhause in Stralsund aus und erläutert die Kofinanzierung u. a. durch den Landkreis Vorpommern-Rügen.

Herr Schilke erklärt, dass bereits im vergangenen Jahr in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund über die Finanzierung der fehlenden Finanzmittel des Frauenschutzhouses beraten wurde. Grundsätzlich sei die Fraktion AfD für die Förderung von Frauenschutzhäusern, aber nicht die des jetzigen Trägers. In der Vergangenheit sei der jetzige Träger "Stark.Machen e.V." mit negativen Äußerungen gegenüber der Partei AfD auffällig gewesen und daher sei eine Zustimmung über die Finanzierung nicht möglich.

Frau Dr. Braun führt aus, dass derzeit unklar sei, ob die aus dem Antrag beantragten Finanzmittel derzeit noch benötigt werden. Laut Träger sei eine offene Personalstelle erst im April 2025 besetzt worden, sodass Personalkosten am Anfang des Jahres eingesparrt werden könnten.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp erklärt, dass er die beantragte Summe von „nur“ 3.000 EUR als unglücklich ansehe. Es sei ratsam, den Träger einzuladen und die Umstände zur aktuellen Finanzierung zu hinterfragen.

Herr Latendorf erläutert, dass es sich hierbei um einen Änderungsantrag zum Haushalt 2025 handle. Der Haushalt wurde bereits im Dezember 2024 vom Kreistag beschlossen. Daher kann dieser Antrag keine Berücksichtigung für das laufende Haushaltsjahr finden und sei somit hinfällig.

Frau Dörner bestätigt die Aussagen von Herrn Latendorf und führt aus, dass für die Haushaltsberatung 2026 ein neuer Antrag gestellt werden könne, sofern weitere Finanzmittel benötigt werden würden. Im Zuge des bestehenden Haushaltsdefizits müsse jedoch jede Entscheidung hinterfragt werden.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss lehnt den vorliegenden Antrag mehrheitlich mit 13 Gegenstimmen und zwei Dafür-Stimmen ab.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag diesen Antrag nicht zu beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Die finanzielle Zuweisung an den Betreiber des Stralsunder Frauenschutzhouses um 3.000 EUR für das Haushaltsjahr 2025 zu erhöhen.
2. Den Landrat zu beauftragen einen Vorschlag für eine auskömmliche Finanzierung des Frauenschutzhouses in den Folgejahren zu erarbeiten.

10. Allgemeine Informationen zum Haushalt

Frau Karnatz informiert über den Zwischenstand des vorläufigen Jahresabschlusses. In der vorläufigen Finanzrechnung habe man aktuell eine Unterdeckung von ca. - 2,2 Mio. EUR, die durch die Entnahme aus der Infrastrukturpauschale ausgeglichen werden könne. Somit könne man im Jahresergebnis 2024 unter Berücksichtigung der Vorträge einen Haushaltsausgleich herstellen. **Frau Karnatz** teilt mit, dass der Haushalt 2025 zur Genehmigung an das Innenministerium M-V übergeben wurde. Die Prüfung auf Sachbearbeiterebene sei fast abgeschlossen. Auf Grund der strukturellen Defizite zeichne sich ab, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen ein Haushaltssicherungskonzept im Jahr 2026 aufzustellen müsse.

17:58 Uhr verlässt Herr Herzberg den Sitzungsraum. (14/15)

Frau Karnatz führt weiter zum aktuellen Thema „Task Force Sozialreform“ aus. Dabei gehe es auf Landesebene darum, Maßnahmen zu installieren, die zur Kostendämpfung für Sozialausgaben beitragen, welche auf Landkreisebene sehr ausufern. Voraussetzung sei die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen durch das Land M-V bzw. den Bund.

Abschließend teilt **Frau Karnatz** mit, dass in dieser Woche die Informationen für die Fachdienste zur Haushaltsplanung versandt werden. Die Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss werden vom 6. - 9. Oktober 2025 stattfinden.

Zum Thema Haushaltsgenehmigung fragt **Herr Schilke**, ob es seitens des Innenministeriums M-V bereits Kommentare gegeben habe.

Das Innenministerium fordere keinen Ergänzungsbeschluss für die Anhebung der Kreisumlage, antwortet **Frau Karnatz**. Dennoch habe es die Nachfrage gegeben, ob der Landkreis Vorpommern-Rügen diese als Konsolidierungsmaßnahme für die Zukunft in Betracht ziehe. Die Antwort seitens der Verwaltung sei gewesen, dass dies einer Abstimmung mit dem politischen Raum bedarf, wenn die Zahlen entsprechend vorliegen.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp spricht die freiwilligen Leistungen sowie die Aufgaben aus dem übertragenen Wirkungskreis an.

Eine Aufstellung zu den freiwilligen Leistungen gebe es im Haushaltsplan, sagt **Frau Karnatz**. Zur Aufgabengestaltung im übertragenen Wirkungskreis gebe es einen Aufgabenkatalog.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp fragt nach einer fachdienstbezogenen Aufstellung.

Frau Rumpel antwortet, dass das Fachgebiet Stabsstelle Controlling damit beauftragt wurde und bietet an, dass der Fachgebietsleiter dies quartalsweise im Haushalts- und Finanzausschuss vorstelle.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

11. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

12. Mitteilungen

Frau Karnatz sagt, dass Herr Müller in der vergangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses über die angespannte Personalsituation im Fachdienst Finanzen informierte, besonders in Bezug auf viele neue, sich noch in der Einarbeitung befindliche Kollegen und Kolleginnen im Fachgebiet Finanzmanagement. Die Durchführung des Besetzungsverfahrens für die letzte offene Stelle sei erfolgt. Nach Zustimmung des Personalrates werde die Stelle zum 1. Mai 2025 besetzt sein.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Frau Dörner bedankt sich und bitte die Nichtöffentlichkeit der Sitzung um 18:04 Uhr herzustellen.

15.05.2025, gez. Gabriele Dörner

Datum, Unterschrift

Gabriele Dörner

Ausschussvorsitzende

15.05.2025, gez. Bastian Köhler

Datum, Unterschrift

Bastian Köhler

Protokollführer